

Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzboten gelangt jeden Wochentag nachm. zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordruckt. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Begr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnitz i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

Tageblatt u. Anzeiger

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Aensgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermgrün, Jügelburg, Leubetha, Mühlhausen, Neberbreuth, Remtengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 270

Mittwoch, den 20. November 1929

96. Jahrg.

Außerkurssetzung der 50-Pfennig-Stücke aus Aluminiumbronze.

Gemäß § 14 Abs. 2 des Münzgesetzes wird die folgende im Reichsgesetzblatt 1929 Teil I auf S. 151 veröffentlichte Verordnung bekanntgemacht.

Dresden, den 15. November 1929.

Finanzministerium. f 40

Verordnung über die Außerkurssetzung der Fünzig-Renten- und Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze.

Vom 5. Oktober 1929.

Auf Grund des § 14 Abs. 1 Ziffer 1 des Münzgesetzes wird hiermit nach Zustimmung des Reichsrats verordnet:

§ 1.

Die Fünzig-Renten- und Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Dezember 1929 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkte ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2.
Die Fünzig-Renten- und Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze werden bis zum 30. November 1931 bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem Nennwert sowohl in Zahlung als auch zur Umwechslung angenommen.

§ 3.
Die Verpflichtung zur Annahme und zur Umwechslung (§ 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, den 5. Oktober 1929.

Der Reichsminister der Finanzen.

In Vertretung:
P o t t s.

Schweinepest.

Im Gehöft Nr. 67 in Pösdorf ist der Ausbruch der Schweinepest festgestellt worden.

— I L: J 44/29 —
Amtshauptmannschaft Delsnitz i. B., 19. November 1929.

Was gibt es Neues?

Wie amtlich erklärt wird, ist der Termin für den Beginn der zweiten Haager Konferenz noch nicht festgesetzt.

Die Unterausschüsse der Länderkonferenz traten am Montag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers zusammen.

Lampel, Schwenger und v. Beulwitz haben den Antrag gestellt, aus der Haft entlassen zu werden.

Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, hat das Revolutionskomitee der kommunistischen Partei beschlossen, die Rechtsopposition aufzulösen und ihre Führer, darunter Bucharin, Rykow und Tomski, aus der Partei auszuschließen.

Zum Präsidenten von Mexiko wurde Pascual Ortiz Rubio gewählt.

Bei einer Probefahrt für den in der nächsten Zeit geplanten Spanienflug wurde das Komar-Flugboot D. 1693 beschädigt. Das Flugboot ist in den Flughafen Trabemünde eingeschleppt worden.

Während eines Rundfluges des Flugzeuges Do. X über den Bodensee wurden Versuche mit Funktelefonie gemacht, die durchaus geglückt sind.

Der Großwahltag.

Für große Teile Deutschlands war der 17. November wieder einmal ein Großwahltag: In Preußen, Sachsen und Hessen fanden Gemeindevahlen statt und gleichzeitig auch die Wahlen für die Kreistage und Provinziallandtage. Bei diesen Wahlen ist die Mandatsberechnung weit schwieriger als bei den Reichs- und Landtagswahlen, da die Gesamtzahl der Mandate von vornherein festliegt; es entscheidet also nicht, wie bei den Reichs- und Landtagswahlen die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen, sondern die relative. Es können also Parteien an Wählerzahl zunehmen, trotzdem aber an Mandaten verlieren, und umgekehrt können — bei schwacher Wahlbeteiligung — Parteien trotz Stimmverlustes an Mandaten gewinnen.

Dieses komplizierte Berechnungsverfahren in Verbindung mit der Parteizersplitterung bringt es mit sich, daß die Ergebnisse nur außerordentlich langsam festgestellt werden können. Da bei den Gemeindevahlen vielfach auch örtliche Verhältnisse mitsprechen, lassen sich aus ihrem Ausfall nur bedingt allgemeine politische Schlüsse ziehen. Es kommt noch hinzu, daß zur Zeit der letzten Gemeindevahlen die politische Lage eine wesentlich andere war, als etwa zur Zeit der vorigen Reichstags- und Landtagswahlen. Wenn man daher die jetzigen Ergebnisse mit dem Ergebnis der letzten Gemeindevahlen vergleicht, so muß man zu anderen Schlussfolgerungen gelangen, als wenn man sie mit den Reichstags- und Landtagswahlen in Vergleich stellt.

Mit diesen Vorbehalten lassen sich aber doch einige Bemerkungen zu den jetzigen Wahlen machen. Zunächst kann festgestellt werden, daß im allgemeinen die Wahlbeteiligung sehr stark war, stärker, als man sie früher bei Gemeindevahlen gewöhnt war. An einzelnen Orten war die Beteiligung so stark wie bei den Reichstagswahlen: sie betrug vielfach 70 bis 80 Prozent, zum Teil sogar über 80 Prozent. Andererseits gab es freilich auch Orte mit außerordentlich schwacher Wahlbeteiligung, doch sind sie in der Minderheit.

Die starke Wahlbeteiligung beweist, wie in immer stärkerer Maße die rein politischen Gesichtspunkte auch bei den Gemeindevahlen maßgebend werden. In besonderem Maße gilt das natürlich von den Großstädten. Diese an sich bedauerliche Entwicklung hat wenigstens das eine Gute zur Folge, daß die immer

Die Aussichten der Weltabrüstung.

Neden Dawes und Henderson

Auf einem Bankett der Londoner Bezirksorganisation des Instituts of Journalists sprach als Hauptredner der amerikanische Botschafter Dawes, der erst am Spätabend des Sonnabend nach mehrtägigem Aufenthalt aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war. Dawes sagte etwa:

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten versteht sich vorbehaltlich der Veränderungen infolge der Besprechungen mit den anderen Flottenmächten. Die britische und die amerikanische Regierung meinen, daß der letzte Schiedsrichter des Ergebnisses der Flottenkonferenz die öffentliche Meinung aller beteiligten Mächte sein muß. Nach der sorgfältigsten Prüfung der technischen Fragen durch die Sachverständigen ist ein voller Ausgleich zwischen den Auffassungen der Flottensachverständigen und den Staatsmännern der Nationen notwendig. Erst nach Herabdrückung der flottentechnischen Gegensätze auf die einfachste Form kann mit einer leicht verständlichen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten werden. Bei den bisherigen Besprechungen zwischen England und Amerika waren bestimmend:

1. die Flottenbedürfnisse der beiden Länder, wie sie durch die nationale Sicherheit bedingt sind,
2. die Erwägung, ob eine Verminderung der Flottenstärke möglich ist, die der nationalen Sicherheit Rechnung trägt,
3. welche Faktoren die Stärkegleichheit zwischen

den beiden Flotten, insbesondere in der Klasse der Kreuzer, ausmachen.

Gegensätze bestehen nur noch in einer untergeordneten Frage, und zwar über 30 000 Tonnen bei einer Durchschnittstonnage von 2 400 000 Tonnen.

Das wirkliche Ziel der gegenwärtigen Besprechungen ist die Abschaffung des allgemeinen Wettbewerbs von Kampfschiffen und die Verminderung der Spezialschiffe bis zu der mit der äußeren Sicherheit und den inneren Bedürfnissen der beteiligten Nationen zu vereinbarenden Grenze.

Henderson wandte sich in seiner Erwiderung mehr den allgemeinen Aussichten der Weltabrüstung zu. Wenn es gelänge, die Verständigung zwischen Hoover und Macdonald in eine Übereinstimmung oder einen Vertrag der beiden angelsächsischen Mächte und diesen in ein Abkommen zwischen den fünf Flottenmächten umzuwandeln, das dann an die vorbereitende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes weitergeleitet würde, dann seien die Voraussetzungen für eine allgemeine Abrüstung gegeben, gleichgültig ob zur See, zu Lande oder in der Luft. Das Ziel der allgemeinen Abrüstung könne aber nur verwirklicht werden, wenn man von den strategischen Gesichtspunkten mehr zu einem höheren Idealismus komme. Der Friede müsse organisiert werden, ebenso wie früher der Krieg organisiert worden sei, und der Friede müsse vor allem auf eine konstruktivere Grundlage gestellt werden.

Linksmehrheit in Berlin.

Berlins neues Stadtparlament.

Nach einer vorläufigen amtlichen Errechnung verteilen sich die Mandate in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wie folgt: Sozialdemokraten 64 Mandate (bisher 73), Kommunisten 56 (43), Unabhängige Soz. 0 (1), Demokraten 14 (21), Deutsche Volkspartei 16 (14), Wirtschaftspartei 10 (10), Zentrum 8 (8), Christlicher Volksdienst 3 (2), Deutschnationale 40 (47), Nationalsozialisten und Böllische 14 (6). — Sozialdemokraten und Kommunisten verfügen daher in der neuen Stadtverordnetenversammlung über 120 Mandate, die sogenannten bürgerlichen Parteien über 105 Mandate; in der alten Stadtverordnetenversammlung war das Verhältnis 117 zu 108.

Stimmungsbilder vom Wahltag.

Zusammenfasse in Berlin und Breslau.

Die Gemeindevahlen sind im allgemeinen ohne größere Störungen verlaufen, doch sind natürlich, besonders in der Nacht vor der Wahl, in Berlin und anderen Großstädten die herkömmlichen Anrempelungen zwischen Klebefolien nicht ausgeblieben. Im Norden Berlins wurden auch an einigen Anschlagssäulen die Wahlplakate in Brand gesetzt, so daß die Feuerwehr eingreifen mußte. Bei den Zusammenstößen in Berlin gab es einige Verwundete. Ein erster Zwischenfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich in Breslau. Dort wurde ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, namens Schröder, von einer

neu auftretenden Parteisplitter mit den abenteuerlichsten Namen, über deren Ziele sich selbst die Kandidaten nicht klar sind, von vornherein zur Bedeutungslosigkeit bestimmt sind.

Mit besonderem Interesse konnte man diesmal dem Wahlausfall in Berlin entgegensehen. Wie würde sich der Klareffekt auswirken, so fragte man sich. Aber gerade hier muß besonders berücksichtigt werden, daß die bisherige Zusammensetzung des Berliner Stadtparlaments kein getreues Spiegelbild der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse mehr bot. Seit den Wahlen von 1925 hatte sich das politische Schwerkraft stark nach links hin verschoben. Das kam bei den vorjährigen Reichstags- und Landtagswahlen deutlich zum Ausdruck. Hätten damals gleichzeitig Gemeindevahlen stattgefunden, so würden besonders die Kommunisten stark zugenommen haben, und zwar fast ausschließlich auf Kosten der Rechten.

Diese Zunahme ist in der Tat auch jetzt eingetreten, aber die Leidtragenden sind neben den Deutschen Nationalen auch die Sozialdemokraten und Demokraten. Man darf hierin vielleicht eine Auswirkung des Klareffekts sehen, in den zwar auch die kommunistischen Stadträte Gaebel und Degner verwickelt sind, der aber doch von den Kommunisten neben den Vorgängen bei der Maifeier in den Mittelpunkt ihrer Agitation gestellt wurde. Trotzdem haben aber auch die Kommunisten mehrfach gerade in den Arbeitervierteln Berlins gegenüber den Reichstagswahlen Stimmverluste erlitten.

Ein besonderes Gepräge erhielten die jetzigen Wahlen durch das Auftreten der Nationalsozialisten, die fast überall beträchtliche Erfolge zu erringen vermochten.